



Gentechnikfreie Regionen in Deutschland

Von einer kaum ernst genommenen Initiative Einzelner
zu einer innovativen gesellschaftspolitischen Bewegung

von Guido Nischwitz

Gentechnikfreie Regionen (GFR) haben sich in Deutschland innerhalb von drei Jahren zu einer der erfolgreichsten regionalen und gesellschaftspolitischen Bewegungen entwickelt. Dies ist der Eigeninitiative von zahlreichen Land- und Forstwirten in Kooperation mit Naturschützern und Verbrauchern zu verdanken. Sie haben – zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Widerständen zum Trotz – die Sicherung einer gentechnikfreien Erzeugung und Ernährung selbst in die Hand genommen. So gelten die GFR mittlerweile als „die“ zentrale Maßnahme, um den erforderlichen großräumigen Schutz für Landwirtschaft und biologische Vielfalt zu gewährleisten. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen und Aufgaben sind die GFR verstärkt auf regionale Kooperationen und Unterstützungen angewiesen.

Seit Anfang 2004 rufen Land- und Forstwirte in Deutschland Gentechnikfreie Regionen auf der Basis von freiwilligen Selbstverpflichtungserklärungen aus. Sie werden dabei von Vertretern aus Kirchen, dem Natur- und Verbraucherschutz, regionalen Entwicklungsprojekten sowie von vielen engagierten Bürgern unterstützt. Nach dem öffentlichkeitswirksamen Erfolg der ersten beiden GFR in Warbel-Recknitz (Mecklenburg-Vorpommern) und in der Uckermark (Brandenburg) ist ihre Zahl bundesweit auf fast 100 Regionen angestiegen (Abb. 1).

Diese Aktivitäten sind die Reaktion auf eine Risiko-technologie mit noch nicht abschätzbaren und keineswegs ausreichend erforschten gesundheitlichen und ökologischen Folgen. Gleichzeitig sind es auch ökonomische Erwägungen, die gegen den Einsatz der Agro-Gentechnik sprechen. Befürchtet wird der Verlust an unternehmerischer Wahlfreiheit, wenn man sich zu stark in Abhängigkeit von einer Handvoll globaler Chemie- und Saatgutkonzerne begibt. Zudem droht für ökologisch und konventionell erzeugte Waren der Verlust von Absatzmärkten, wenn gentechnische Verunreinigungen festgestellt werden. Auch haben sich bislang die angekündigten wirtschaftlichen Vorteile der Agro-Gentechnik als weitgehend haltlos erwiesen.

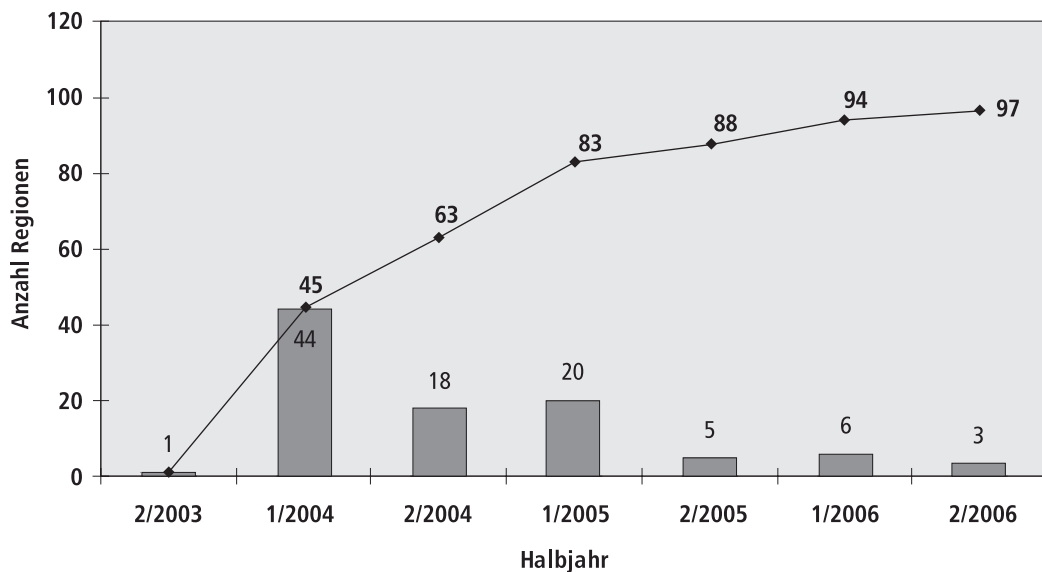
Ein erheblicher Handlungsdruck erwächst aus der 2003 eingeleiteten Neuregelung der politisch-rechtlichen Rahmensetzungen. Mit der Verabschiedung und dem Inkrafttreten von verschiedenen Rechtsvorschrif-

ten zur Agro-Gentechnik hat die EU-Kommission die rechtlichen Voraussetzungen zur Zulassung und zum Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Europa geschaffen. Dabei hat die EU die nationalen Gestaltungsspielräume stark eingeschränkt. Sie untersagt ausdrücklich staatliche Regelungen, die auf einen großräumigen und flächendeckenden Schutz einer gentechnikfreien Landwirtschaft und ökologisch sensibler Gebiete zielen. Stattdessen werden ein Nebeneinander der verschiedenen Anbauformen und eine auf wirtschaftliche Fragen reduzierte Koexistenz propagiert. Angesichts der kleinräumigen Agrarstruktur in Deutschland erscheint jedoch weder ein Nebeneinander von GVO und gentechnikfreiem Anbau noch ein umfassendes, selbstgesteuertes Koexistenz- und Anbaumanagement möglich. Darüber hinaus fehlen immer noch zentrale Bausteine zum Schutz einer gentechnikfreien Landwirtschaft:

- EU Saatgut- und Koexistenz-Richtlinie,
- nationale Rechtsvorschriften zur Definition der „guten fachlichen Praxis“ und
- konkrete Unterstützungsmaßnahmen zum Schutz vor gentechnischen Verunreinigungen.

Angesichts der bestehenden Risiken sowie einer mangelnden politischen Unterstützung haben die Akteure in den einzelnen Regionen erkannt, dass die Sicherung

Abb.1 : Neugründung und Entwicklung der gentechnikfreien Regionen in Deutschland *



* Stand 1. November 2006: Berücksichtigt wurden nur GFR, die auch noch Ende 2006 existierten. Seit 2004 haben sich darüber hinaus ca. zwölf GFR gegründet und wieder aufgelöst.

Quelle: eigene Erhebung IAW (2006)

einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Ernährung nur durch Eigeninitiative zu gewährleisten ist: durch selbstorganisierte und freiwillige Ausweisung von GFR.

Was ist eine Gentechnikfreie Region?

In der gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Debatte um die Sicherung einer gentechnikfreien Erzeugung und Flächennutzung spielen die GFR mittlerweile eine wichtige und anerkannte Rolle. Dabei wurden die GFR-Aktivitäten und -Initiativen zunächst von den Befürwortern der Agro-Gentechnik deutlich in Frage gestellt – aber auch in ihrer gesellschaftspolitischen Wirkung unterschätzt. Die Unschärfe und Beliebigkeit des GFR-Begriffes wurden bemängelt, eine hohe und flächendeckende Beteiligung der Landwirte angezweifelt oder auch die Verbindlichkeit der geschlossenen Vereinbarungen bestritten.

An diesen Kritikpunkten setzte ein vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) geförderte Forschungsvorhaben von AbL, BUND und IAW an (1). Es galt sach- und zielorientierte sowie wissenschaftlich fundierte Informationen zu dem neuen Phänomen der GFR bereitzustellen. Eine wesentliche Grundlage bildete die Formulierung einer möglichst allgemeingültigen Definition von GFR.

Als GFR gelten sowohl Aktivitäten in kleinräumigen Gebietszuschnitten (Gemarkung, Gemeinde) als auch großräumigere Aktivitäten, die beispielsweise einen Landkreis umfassen (z.B. Miesbach) oder sich auf einen bestimmten Natur-, Kultur- oder Wirtschaftsraum (z.B. Rhön) beziehen.

„Eine Gentechnikfreie Region ist ein Gebiet, in dem sich die Flächen-Eigentümer, Nutzer und Bewirtschafter (v.a. Land- und Forstwirtschaft) freiwillig zusammengeschlossen haben und sich nachvollziehbar verpflichten, kein gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut zu verwenden.“

Entscheidend bei der Einordnung als GFR ist neben konkreten flächenbezogenen Umsetzungsaktivitäten deren Qualität und damit die Einhaltung von definierten Mindeststandards (2):

- **Sicherstellung eines flächendeckenden Ansatzes:** Die GFR muss entweder über eine zusammenhängende gentechnikfreie Bewirtschaftungsfläche verfügen oder alternativ mindestens einen Flächendeckungsgrad von zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche im jeweiligen Bezugsraum erreichen (z.B. Gemeinde, Naturraum). Regionen, die dies nicht nachweisen können, werden als GFR-Initiative eingestuft.
- **Produktübergreifender Ansatz:** Die Gentechnikfreiheit hat sich auf den gesamten Pflanzenbau bzw. die gesamte Flächennutzung zu beziehen.

- *Mindestmaß an Transparenz und Verbindlichkeit:* Die GFR haben die Gentechnikfreiheit entweder durch Selbstverpflichtungserklärungen der einzelnen Flächeneigentümer bzw. -bewirtschafter oder durch eine Dokumentation von Beschlüssen und Abstimmungen von Landwirten/Ortslandwirten etc. nachzuweisen.
- Die *Mindestlaufzeit* der Verpflichtung bzw. des Beschlusses beträgt ein Jahr.

In der Praxis hat sich dieser zu Beginn des Vorhabens nicht unumstrittene Kriterienkatalog bewährt. Die Existenz und Wirkung der GFR wird kaum noch angezweifelt. So haben sich die GFR auch ohne eine zentrale Organisationsstruktur zu einem anerkannten machtpolitischen Faktor in der Auseinandersetzung um die Agro-Gentechnik entwickelt.

Die formulierten Mindeststandards waren zudem für etliche regionale Initiativen ein Anreiz, ihre Aktivitäten auszuweiten und v.a. öffentlich zu machen, um den „offiziellen Status“ einer anerkannten GFR zu erhalten (3).

Aktuelle Situation

Knapp drei Jahre nach der ersten Gründungswelle existiert in Deutschland ein sehr heterogenes Spektrum an GFR. Sie unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Akteurskonstellationen, ihrer Ziele, Aktivitäten, ihres räumlichen Zuschnitts, ihrer Organisationsformen sowie ihrer Entwicklungsfähigkeit.

Im Herbst 2006 hatten sich in Deutschland rund 25.800 Landwirte in 97 Gentechnikfreien Regionen (4) mit knapp 890.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (ha LF) dazu verpflichtet, auf ihren Äckern keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen. Hinzu kamen über tausend weitere Landwirte, die v.a. in Niedersachsen und in Thüringen in Einzelerklärungen für ihren Hof festgelegt haben: „*Wir arbeiten ohne Gentechnik*“ (vgl. Tab. 1). In Deutschland hielten damit über 26.800 Landwirte eine Fläche von einer Million ha LF verbindlich gentechnikfrei. Dies sind immerhin knapp 7,3 Prozent aller Landwirte mit einem Flächenanteil von rund 5,7 Prozent (vgl. Tab. 2). In Bayern ist es mittlerweile sogar fast jeder achte Landwirt, der sich einer GFR angeschlossen hat.

Konzentration in Süddeutschland

Aus der Karte der GFR (Abb. 2) lässt sich ein deutliches Süd-Nord-Gefälle entnehmen. Sowohl was die Anzahl der GFR und die Flächenausstattung als auch die Entwicklungsdynamik und Einbindung der konventionellen Landwirtschaft betrifft, setzen die süddeutschen Bundesländer Maßstäbe. Demgegenüber entziehen sich die intensiv genutzten Agrarregionen im Nordwesten

und Osten Deutschlands fast flächendeckend einer verbindlichen Gentechnikfreiheit. Für diese geringe Beteiligung bieten sich folgende Erklärungspunkte an:

- ein höherer Anteil an intensiv betriebener Landwirtschaft: u.a. im Bereich Nutztierhaltung mit einem stärkeren Druck auf Industrialisierung und Rationalisierung der Erzeugung;
- größere, weniger bäuerlich ausgerichtete Betriebe;
- Befürchtungen in den Landesverbänden des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und von Agrargenossenschaften, sich vermeintliche Entwicklungspotenziale zu verbauen (u.a. nachwachsende Rohstoffe, Bioenergie);
- verstärkte Marketingmaßnahmen der Agro-Chemie-Unternehmen;
- geringere regionale Identität und geringeres Problembewusstsein der Akteure.

Geringe Flächenausstattung

Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sind großräumige Gebiete mit einer Fläche von mehr als 100.000 Hektar geeignet, sich wirksam vor einer unkontrollierten GVO-Verunreinigung zu schützen (5). Gentechnikfreie Regionen in Deutschland beziehen sich allerdings mehrheitlich auf kleinräumige Gebietszuschnitte. Rund ein Drittel der erfassten GFR weist weniger als 1.000 ha LF auf (6). Häufig sind es Landwirte aus einer Gemeinde oder einem überschaubaren Naturraum, die sich im Zuge persönlicher Ansprachen durch Ortslandwirte zu einer GFR zusammenschließen.

Größere zusammenhängende und flächendeckende GFR konnten bislang nur dort entstehen, wo günstige agrarstrukturelle und organisatorische Voraussetzungen gegeben sind: in Ostdeutschland beispielsweise durch die hohe Flächenausstattung der Betriebe (z.B. Uckermark). Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die Unterstützung durch Fachverwaltungen von Großschutzgebieten (z.B. Biosphärenreservat Spreewald), die Kontakte zum Naturschutz einbringen sowie organisatorische Aufgaben übernehmen. In Süddeutschland konnten Kreisbauernverbände mit Hilfe ihrer Organisationsstrukturen und der Ortsobmänner Beschlüsse zur Umsetzung einer Gentechnikfreien Anbauregion auf Landkreisebene erreichen (z.B. Ingolstadt-Eichstätt).

Keine Selbstläufer mehr

Gentechnikfreie Regionen sind keine Selbstläufer mehr. Nach der Gründungseuphorie der Jahre 2004/2005 hat die Entwicklungsdynamik deutlich nachgelassen (vgl. Abb. 1). Während etliche regionale Aktivitäten bereits vor einer Gründung scheitern, sehen sich die bestehenden GFR einer Belastungs- und Bewährungsprobe aus-

Tab. 1: Gentechnikfreie Flächennutzung in Deutschland*

| | Anzahl Regionen | Flächenumfang** | Beteiligte Landwirte |
|---|-----------------|---|----------------------|
| Gentechnikfreie Regionen | 66 | ca. 1.532.000 ha ca. 714.400 ha LF | ca. 20.600 |
| GFR-Initiativen | 31 | ca. 222.700 ha ca. 176.100 ha LF | ca. 5.200 |
| GFR & GFR-Initiativen zusammen | 97 | ca. 1.755.000 ha ca. 890.500 ha LF | ca. 25.800 |
| Gentechnikfreie Flächennutzung insgesamt (inkl. Hof-Einzelerklärungen) | — | ca. 1.832.000 ha ca. 967.600 ha LF | ca. 26.800 |
| * Stand 1. November 2006 | | | |
| ** Gesamtfläche (inkl. Wald, Wiesen, Gewässer) in Hektar (ha) und Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ha LF) | | | |

Quelle: eigene Erhebung, IAW (2006)

Tab. 2: Stellenwert der gentechnikfreien Erzeugung in Deutschland und in Bayern*

| | Landwirte | Fläche in ha LF |
|--------------------------|-----------|-----------------|
| Deutschland | 366.600 | 17.004.600 |
| 97 GFR und Hoferklärung | 26.719 | 965.107 |
| – Anteil in Deutschland | 7,3 % | 5,7 % |
| Bayern | 129.400 | 3.265.700 |
| 33 GFR in Bayern | 15.236 | 414.029 |
| – Anteil in Bayern | 11,8 % | 12,7 % |
| * Stand 1. November 2006 | | |

Quellen: eigene Erhebung IAW (2006); Deutscher Bundestag: Agrarbericht 2005 (2006)

gesetzt. Ursachen und Hintergründe für die sich abschwächende Entwicklungsdynamik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

➔ *Politischer Druck*: Seitens des Bundes und der Landesregierungen gibt es keinerlei Unterstützungen bei der Initiierung und Verstetigung von GFR oder zur Durchführung eines regionalen Koexistenzmanagements. Stattdessen beziehen etliche Landesregierungen aktiv Position zugunsten der Agro-Gentechnik und untersagen nachgeordneten Fachverwaltungen die Unterstützung einer GFR.

➔ *Wirtschaftlicher Druck*: Unternehmen der Agro-Chemie „werben“ v.a. in Nord- und Ostdeutschland massiv für ihre GVO-Pflanzen. Darüber hinaus wird von Futtermittelherstellern und Saatgutlieferanten immer wieder propagiert, dass eine gentechnikfreie Erzeugung und Belieferung nicht mehr möglich und zu teuer sei.

➔ *Debatte um wirtschaftliche Potenziale*: Die Diskussion um die Potenziale der Agro-Gentechnik hat sich inhaltlich deutlich verschoben. In den Mittelpunkt rücken Nachwachsende Rohstoffe zum Einsatz im Bereich Bioenergie sowie als Ausgangsstoffe für industrielle und pharmazeutische Produkte.

➔ *Debatte um die Gefährdung des Innovationsstandorts Deutschland*: Den Gegnern der Agro-Gentechnik wird eine Technologie- und Wachstumsfeindlichkeit unterstellt, die den Wirtschaftsstandort Deutschland schädigen würde. Wider besseren Wissens wird dabei die Agro-Gentechnik als „Jobmotor“ verkauft (7).

➔ *Fehlende regionale Unterstützung*: Vorrangig in Nord- und Ostdeutschland mangelt es an Unterstützung durch Vertreter des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Vielfach sind die Orts- und Kreisgremien des DBV nicht bereit, mit anderen regionalen Akteuren zu kooperieren. GFR-Initiativen aus den eigenen Reihen werden zudem unterbunden. Gleichzeitig fehlt es in vielen Regionen an bekannten Promotoren, die sich der Thematik annehmen. Aktivitäten zur GFR-Gründung haben es insbesondere in den Regionen schwer, die bislang nicht über eine regionale Kooperations- und Kommunikationskultur verfügen. Die Projektergebnisse haben aufgezeigt, dass selbst die Existenz regionaler Entwicklungsträger und -vorhaben (u.a. Leader+, Naturparke) nicht automatisch die Gründung oder Verstetigung einer GFR befördern. Trotz der vielen inhaltlichen und personellen Berührungspunkte haben die meisten Träger regionaler Entwicklungsprozesse – mit Ausnahme von „Re-

gionen aktiv“ – die „Sicherung einer gentechnikfreien Flächennutzung“ für sich noch nicht als Aufgabe erkannt (8). Schließlich fehlt es auch an verfügbaren Ressourcen, um großräumigere GFR anstoßen und entwickeln zu können.

➔ *Geringes Problembewusstsein in der Landwirtschaft:* Die Problematik des GVO-Einsatzes wird vielerorts von den Landwirten als gering eingeschätzt. So verhindere doch das Gentechnikgesetz einen GVO-Anbau, lautet eine gängige Einschätzung. Oder in der eigenen Region sei der Anbau von BT-Mais nicht geplant bzw. aufgrund der fehlenden Zümlerproblematik nicht erforderlich. Zusätzlich macht sich häufig auch „Mutlosigkeit“ breit. Das Vordringen der Agro-Gentechnik wird als zwangsläufig angesehen. Wird allerdings die Planung eines GVO-Anbaus in der eigenen Region bekannt, so ist meist eine große Sensibilisierung und Mobilisierung der Akteure zu beobachten.

Grenzen bürgerschaftlichen Engagements

Die Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit der bestehenden GFR ist in einem hohen Maße von der Verfügbarkeit an personellen und finanziellen Ressourcen sowie von Koordinations- und Managementstrukturen abhängig. Die Sicherung einer gentechnikfreien Flächennutzung verursacht Kosten, die in der Regel die Akteure tragen müssen, die gentechnikfrei wirtschaften wollen. Für diese so genannten Koexistenz- und Vermeidungskosten lagen bisher keine Angaben vor. Im Rahmen des Projektes konnte anhand von praktischen Erfahrungswerten ein jährlicher Finanzierungsbedarf von ca. 40.000 Euro ermittelt werden, der sich auf die Gründung und Etablierung einer großräumigen GFR bezieht (9).

Ressourcenbedarf besteht nicht nur während der Initialphase einer GFR. Insbesondere die Aktivitäten zur Konsolidierung oder Weiterentwicklung einer GFR verursachen Kosten. Hierzu gehören z.B. Maßnahmen zur Informationsvermittlung und Qualifizierung, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Erweiterung der GFR oder zur Sondierung und Erschließung wirtschaftlicher Potenziale. Da dies die meisten Akteure in den GFR nicht leisten können und zum Teil auch nicht wollen, hat nur eine Minderheit von rund einem Viertel der GFR nach der Gründungsphase aktiv weitergearbeitet.

Verständlich wird diese Begrenzung der Aktivitäten, wenn man berücksichtigt, dass die GFR vorrangig auf dem bürgerschaftlichen Engagement von einzelnen Landwirten und Bürgern beruhen. Immerhin in mehr als zwei Dritteln der GFR werden die anfallenden Arbeiten und Kosten rein ehrenamtlich übernommen. Dabei fühlen sich die aktiven Landwirte mit der Aufgabenviel-

falt und den zunehmenden Herausforderungen in der Steuerung einer GFR immer häufiger überfordert und allein gelassen. Sie verfügen weder über die erforderlichen Ressourcen noch über das Know-how zur Steuerung von regionalen Kommunikations- und Kooperationsprozessen.

Etwa ein Drittel der GFR kann zusätzlich in einem geringen Umfang auf eine Bereitstellung von Ressourcen (Sach- und Personalmittel) durch regionale Institutionen oder auf eine direkte Finanzierung in Form von Projekt- oder Fördermitteln zurückgreifen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich jene GFR als besonders aktiv und erfolgreich herauskristalisieren, die u.a. über ein professionelles Regionalmanagement verfügen. Der Anteil an direkten finanziellen Förderungen ist allerdings verschwindend gering und war auf eine durchschnittliche Laufzeit von 18 Monate befristet. In der Regel handelte es sich um Unterstützungen von „Regionen aktiv“-Modellvorhaben, die allerdings alle zu Beginn des Jahres 2006 ausliefen.

Übertragbare Erfolgsfaktoren

Was sind nun die wesentlichen Erfolgsfaktoren einer GFR, wenn man sich an den Aktivitäten, Erfahrungen und Erkenntnissen der letzten drei Jahre orientiert?

- Die Gründung einer GFR braucht Impulse und Anreize aus dem nicht-landwirtschaftlichen Bereich (z.B. Verbraucher- und Naturschutz, Kirchen).
- Die GFR sind auf eine breite gesellschaftspolitische Verankerung und Unterstützung in der Region angewiesen (Unterstützung durch regionale Promotoren wie Landrat, Bürgermeister, erfolgreiche Landwirte; Bereitstellung von Ressourcen).
- In der Gründungs- und Umsetzungsphase einer GFR muss das entscheidende Engagement aus der Landwirtschaft kommen, um überhaupt erfolgreich in die Fläche gehen zu können. Dies erfordert eine hohe Einbindung des konventionellen Bereichs und v.a. eine aktive Mitarbeit von Ortslandwirten.
- Eine Verknüpfung mit regionalen Institutionen und Entwicklungsvorhaben eröffnet neue Handlungsmöglichkeiten und sichert die Weiterentwicklung einer GFR: Erforderlich und förderlich ist eine enge Zusammenarbeit mit Fachverwaltungen der Großschutzgebiete sowie Projekten zur nachhaltigen und integrierten Regionalentwicklung (u.a. Übernahme von Kommunikations- und Managementaufgaben, Bereitstellung von Ressourcen).
- Die Verstetigung und Weiterentwicklung der GFR benötigt adäquate Management- und Steuerungsstrukturen: Die Anbindung an ein bestehendes und mittel-

fristig gesichertes Regionalmanagement erscheint sinnvoller und kostengünstiger als der Aufbau eigener Managementstrukturen.

- Der direkte als auch der indirekte Mehrwert und Nutzen einer Gentechnikfreiheit (wirtschaftliche Potenziale) muss für die Landwirte herausgestellt und erschlossen werden. Dies bezieht sich auf die Zusammenarbeit mit der Ernährungswirtschaft (z.B. Molkereien) sowie auf die Bündelung und Koordinierung des Einkaufs, des Absatzes und der Vermarktung.

Fazit und Perspektive

Die Entwicklung der Gentechnikfreien Regionen ist eine Erfolgsgeschichte, die in erster Linie auf dem persönlichen Engagement und der Übernahme von Eigenverantwortung einzelner Akteure beruht. Die GFR haben sich dabei als eine effiziente und praktikable Form der propagierten Koexistenz im Sinne einer Wahrung der Gentechnikfreiheit erwiesen. Sie können einen wichtigen Beitrag für eine innovative, zukunftsfähige und nachhaltige Regionalentwicklung leisten, sind aber vor Ort auf eine enge Zusammenarbeit mit regionalen und ländlichen Entwicklungsvorhaben angewiesen.

In einer Demokratie haben Politik und Verwaltung, aber auch die öffentlich finanzierte Forschung, den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung zu akzeptieren. Bundes- und Landespolitik sind daher verpflichtet, den Schutz der Gentechnikfreiheit in ihrer politisch-rechtlichen Rahmensetzung und Förderung nicht zu behindern, sondern aktiv zu unterstützen. In der Agrarpolitik, ländlichen Entwicklungspolitik, regionalen Wirtschaftspolitik, Natur- und Umweltschutzpolitik lassen sich genügend Ansatzpunkte für eine (befristete) Unterstützung und Förderung der GFR herausfiltern. Was bislang fehlt ist der politische Gestaltungswille.

Anmerkungen

- (1) Das FuE-Vorhaben „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“ wurde von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen durchgeführt. Das Projekt wurde zwischen 11/2004 und 05/2006 vom BfN mit Mitteln des BMU gefördert. Mehr Informationen unter www.gentechnikfreie-regionen.de.
- (2) Weitere Informationen unter www.gentechnikfreie-regionen.de/regionen/regionen_3/regionen_98.htm#.
- (3) Es gab eine Reihe von regionalen Initiativen, die beim Projektteam „offiziell“ einen Antrag auf Einordnung als GFR stellten. Bei einer positiven Einordnung wurde u.a. in der Lokalpresse die „offizielle Anerkennung“ als GFR gefeiert und als Anerkennung und Ermutigung der eigenen Arbeit gesehen.

- (4) Zur Vereinfachung der Darstellung im Text werden die GFR (flächendeckende Gentechnikfreiheit) und die Initiativen unter dem einheitlichen Begriff GFR geführt.
- (5) Vgl. hierzu FIBL und Ökoinstitut (2003): Grüne Gentechnik und ökologische Landwirtschaft. Berlin (UBA Texte 1/2003). – Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU, 2004a): Koexistenz sichern: Zur Novellierung des Gentechnikgesetzes. Kommentar zur Umweltpolitik, Nr. 4. Berlin. – SRU (2004b): Umweltgutachten 2004. Berlin.
- (6) Nur sieben GFR erreichen aktuell eine Flächengröße von über 100.000 Hektar: Uckermark-Barnim, Bad Tölz-Wolfratshausen/Miesbach, Ingolstadt-Eichstätt, Oberallgäu.
- (7) BUND (2006): „Grüne Gentechnik“ als Arbeitsplatzmotor? Genaues Hinsehen lohnt sich. Berlin. www.bund.net/lab/reddot2/pdf/arbeitsplatzstudie_gentechnik.pdf
- (8) Von den 18 „Regionen aktiv“-Modellvorhaben haben sich 2005 sieben Regionen zu einem Netzwerk „Gentechnikfreie Modellregionen“ zusammengeschlossen. In fünf Regionen wurde ein zeitlich befristetes Regional- bzw. Projektmanagement zur Entwicklung und Verstetigung einer GFR gefördert.
- (9) Insgesamt sieben GFR erhielten eine zeitlich befristete direkte Förderung, die folgende Positionen umfasste: Personalkosten (Regionalmanagement, wissenschaftliche Begleitung, Marktanalyse, Vermarktungsaktivitäten) und Sachmittel (Veranstaltungen, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, Qualifizierungsmaßnahmen, Aktionen, Betreiben einer Geschäftsstelle). Nach übereinstimmender Meinung der befragten Akteure aus den aktiven GFR wird in der Aufbauphase (drei bis vier Jahre) ein Personaleinsatz von mindestens einer halben Arbeitsstelle (Kosten mindestens 25.000 Euro) als notwendig erachtet. Hinzu kommt ein Finanzmittelbedarf für Sachmittel (mindestens 15.000 Euro).

Literatur

- Nischwitz, G.; Brunken, K.; Flenner, H.; Janßen, G.; Moldenhauer, H.; Volling, A.; Weber, B. (2006): Gentechnikfreie Regionen in Deutschland. Bundesamt für Naturschutz, BfN Schriften. Bonn (i.V.).
- Nischwitz, G. (2005): Gentechnikfreie Regionen. Neue Partner für regionale Entwicklungsprozesse. In: LEADER Forum 2/2005, S. 31–33. (www.leaderplus.de/leaderplus/leaderforum/LEADERforum_2005-2_Panorama.pdf)
- Nischwitz, G.; Kuhlicke, C.; Bodenschatz, T.; Thießen, B.; Tittel, K. (2005): Sondierungsstudie gentechnikfreie Regionen in Deutschland. Eine sozioökonomische Analyse am Beispiel der brandenburgischen Uckermark. BfN Schriften Nr. 155. Bonn. (www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/sondierungsstudie.pdf)

Autor

Dr. Guido Nischwitz
Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)
Universität Bremen
Forschungseinheit Strukturwandel
von Stadt und Region

Universitätsallee 21–23, 28359 Bremen
Telefon: 0421/218-7802
E-Mail: gnischwitz@iaw.uni-bremen.de
www.iaw.uni-bremen.de

